

Direkte Demokratie in Salzburg.



mehr demokratie! salzburg ist eine parteiunabhängige Plattform von Bürgerinitiativen, NGO's und engagierten SalzburgerInnen



"Es ist unmöglich, sich um Salzburg nicht zu sorgen..."

Hans Sedlmayr
Die demolierte Schönheit
Ein Aufruf zur Rettung der Altstadt Salzburgs

Das war 1965



Salzburg, die Stadt der engagierten Bürgerinnen und Bürger

Seit Mitte der 1970er Jahre engagieren sich die SalzburgerInnen in zahllosen Bürgerinitiativen für ihre Stadt.

Gäbe es sie nicht, Salzburg wäre kein Weltkultur-Erbe, Salzburg wäre längst zu einer Allerwelts-Stadt verkommen, wie man sie überall in Europa findet!



Wenn sich die repräsentative Politik durchgesetzt hätte...

Die Salzburger Altstadt - demoliert und ausgehöhlt!

Beispiel Sparkassenhaus/Alter Markt! Beispiel Platzl-Haus Nr.5!

Keine "Humboldtschen" Stadtlandschaften mehr!

Freisaal und die Hellbrunner Stadtlandschaften - verbaut! Samer Mösl / Söllheimer Bach - verbaut! Grünland-Deklaration - abgeschafft!

Salzburg - die autogerechte Stadt!

Die Südtangente durch Landschaftsschutzgebiet! Festungs- und Rainbergtunnel! Autobahn-Abkürzung Kapuzinerberg Tunnel! Keine Fußgängerzonen, kein Radwege-Netz!



Sind Salzburgs Bürgerinnen und Bürger destruktive Verhinderer?

Ist BürgerInnen-Mitbestimmung gefährlich?

Fürchtet sich die Politik vor Ihren WählerInnen?



Der lange Weg:

Bereits in der Sondersitzung des Gemeinderates vom 21.11.2007 hat die "Aktion Grünland Salzburg" Herrn Bürgermeister Dr. Schaden und den Gemeinderatsklubs einen ersten Entwurf für zeitgemäße BürgerInnen-Mitbestimmung in der Stadt Salzburg überreicht…



Neue Fakten:

Im Parteien-Übereinkommen für die Funktionsperiode des GR von 2009-2014 wurde vereinbart:

"Die sinkende Wahlbeteiligung soll zum Anlass genommen werden, das Interesse der Bürger an der Politik wieder zu stärken"



Wir nehmen die Politik beim Wort! Unser Ziel:

Die zunehmende Wahlverweigerung (die allzu oft und fälschlicherweise als Wahlmüdigkeit interpretiert wird) zu stoppen.



Das Salzbuger Modell für mehr direkte Demokratie

Zentrales Anliegen des Modells ist es, dass VertreterInnen von Initiativen, Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt und auf Augenhöhe mit den politischen RepräsentantInnen verhandeln können, um einen Konsens zu finden. Und dass sie auch "von unten", unter realistischen Bedingungen, einen für die repräsentative Politik bindenden Volksentscheid herbeiführen können.



So sollen die SalzburgerInnen mitbestimmen:

- Der Initiativantrag
- Das Bürgerbegehren
- Der Volksentscheid
 (für die Gemeindepolitik verbindliche BürgerInnen-Abstimmung)

Der Initiativantrag, das Bürgerbegehren und der Volksentscheid sind nicht zwingend aufeinander folgend, sondern können jeweils separat angestrebt werden. ExpertInnen der Stadt stehen kostenlos beratend zur Seite. Ein Antrag muss von mindestens 50 wahlberechtigten Personen unterstützt und eingereicht werden.



NEIN zu sagen oder nur zu FORDERN, ist künftig zu wenig:

Bei allen drei Möglichkeiten der Mitbestimmung müssen die Bürgerinnen und Bürger nicht nur ein Anliegen formulieren und dann die entsprechende Zahl an Unterstützungserklärungen sammeln. Sie müssen auch einen realistischen Lösungsvorschlag ausarbeiten und mit ihrem Anliegen einreichen.

Für Initiativen ist Akteneinsicht im Rahmen der geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen möglich.



Die flexible Messgröße: das Mandat

Ein "Mandat" ist die Zahl der benötigten Unterstützungserklärungen.

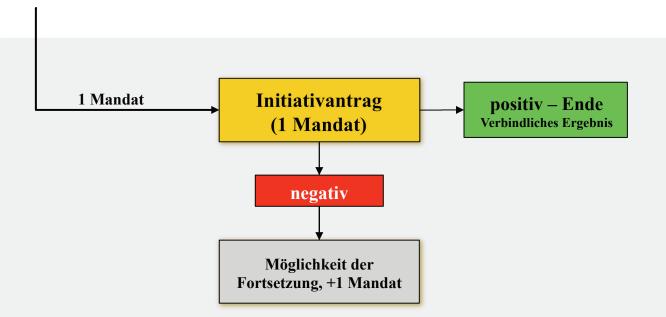
Das heißt: alle gültigen Stimmen der letzten Gemeinderatswahl, geteilt durch die Zahl der Gemeinderats-Sitze.

Abgegebene Stimmen: 40

Hohe Wahlbeteiligung = direkte Demokratie wird "teurer", niedrige Wahlbeteiligung = Mitbestimmung ist leichter möglich.

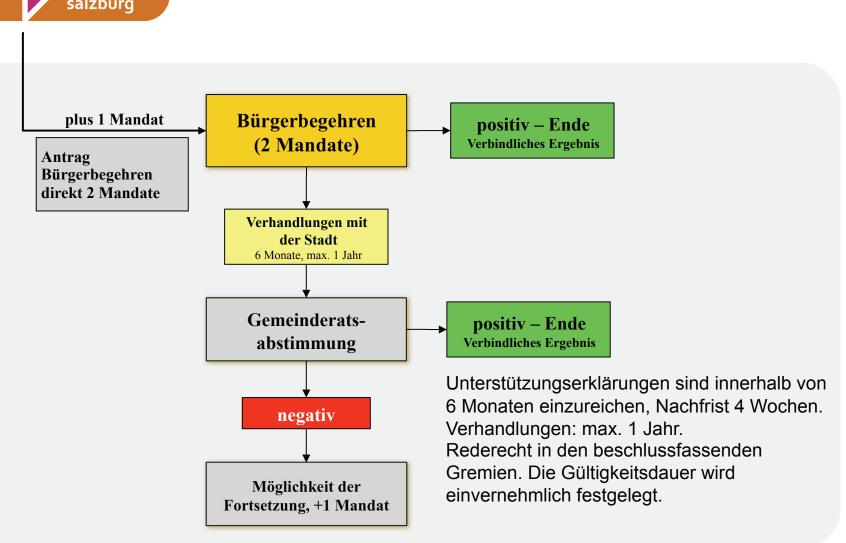
Status 2012/13 ca. 1.500 Stimmen = 1 Mandat



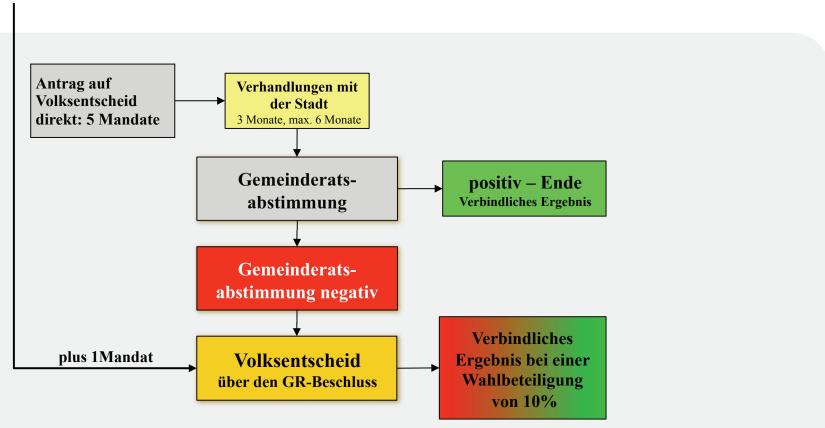


Unterstützungserklärungen sind innerhalb von 3 Monaten einzureichen, Nachfrist 4 Wochen. Verhandlungen: max. 3 Monate. Rederecht in den beschlussfassenden Gremien. Die Gültigkeitsdauer wird einvernehmlich festgelegt.









Der Volksentscheid gilt für 5 Jahre und kann innerhalb dieser Frist nur durch einen neuerlichen Volksentscheid, der vom Gemeinderat zu beschließen ist, aufgehoben werden. Unterstützungserklärungen: innerhalb von 6 Monaten einzureichen, Rederecht im Gemeinderat. Bei direktem Antrag: Verhandlungen 3 bis max. 6 Monate.



Der "Beharrungsbeschluss" beim Volksentscheid:

Ist durch den Gemeinderat mit ¾ Mehrheit möglich, wenn der Volksentscheid eine Angelegenheit betrifft, deren Finanzierung mehr als 50% des durchschnitllichen außerordentlichen Haushaltes erfordert bzw. bei einer Wahlbeteiligung bis zu 25% auch in anderen Angelegenheiten (ebenfalls nur mit ¾ Mehrheit und einem ¾ Anweseneheitsquorum).



Kommunikation und Finanzierung:

Bürgerversammlung obligat (einvernehmlich, Organisation und Finanzierung durch die Stadt)
Plakatierregelung etc. wie für die Parteien.

Initiativantrag: Zuschuss bis zu € 2.000,-Bürgerbegehren: Zuschuss bis zu € 10.000,-Volksentscheid: Zuschuss bis max. € 30.000,-Insgesamt sind € 30.000,- der kumulierte Höchstbetrag für alle drei Stufen. Rechnungs-Prüfung durch das Kontrollamt der Stadt.

Beim Volksentscheid: 14 Tage vor Abstimmung "Bericht des Bürgermeisters", einvernehmlich mit beiden Standpunkten (50:50) an alle Haushalte.



Direkte Demokratie ist auch in Salzburg verfassungskonform:

In unserer Bundesverfassung ist festgelegt (Art. 117 Abs. 8 B-VG):

"In Angelegenheit des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde kann der Landesgesetzgeber die unmittelbare Teilnahme und Mitwirkung der zum Gemeinderat Wahlberechtigten vorsehen."

Verfassungsexperten haben das Modell geprüft und in vorliegender Form als verfassungskonform beurteilt.

Das Land muss das Modell mit 2/3 Mehrheit beschließen (Änderung der Stadtverfassung).

Es liegt also in der Hand von SPÖ und ÖVP, ob sie die BürgerInnen wirklich mitbestimmen lassen oder sie weiterhin aus der Stadtpolitik ausschließen!



Status und Positionen:

SPÖ, Bürgerliste, FPÖ und Liste Tazl unterstützen das Salzburger Modell. Wir nehmen an, auch auf Landesebene. In einem Sondergemeinderat am 17. April wird das Modell beschlossen.

Beim Volksentscheid (Bürgerabstimmung), also bei der für die Politik verbindlichen Mitbestimmung, hakt es: Die Stadt-ÖVP blockiert, ihre überzogenen Forderungen führen das Modell ad absurdum (30% Wahlbeteiligung).

Die Plattfom *mehr demokratie! salzburg* hat viele Zugeständnisse gemacht, nicht zuletzt aufgrund der geltenden Bundesverfassung. Trotzdem ist dieses Modell einzigartig in Österreich und unseres Erachtens wegweisend. Ein erster Schritt zu echter BürgerInnen-Mitbestimmung!



Das ausführliche Modell, das Flussdiagramm und den Amtsbericht finden Sie zum Download auf:

www.mehr-demokratie.at



"Meine wichtigste politische Forderung: Erfindet neue Institutionen, die es den Bürgern endlich möglich machen, mitzudenken, mitzureden, mitzugestalten. Schafft auf allen Ebenen in den Gemeinden, in den Ländern, in der Republik, Gelegenheiten zu ständiger direkter Beteiligung des Volkes: Tausend Foren und Werkstätten, in denen Kritik geübt und Vorschläge gemacht werden können. Die Parteien - alle miteinander - sind dafür viel zu eng geworden. Sie kassieren Stimmen, aber hören nicht auf sie. Ihre Repräsentanten haben bis auf Ausnahmen den wirklichen Kontakt zu den Wählern verloren. Den Lobbys und Experten leihen sie ihr Ohr. Den Mann und die Frau "von der Straße" nehmen sie nicht ernst, weil denen, wie sie meinen Wissen und Durchblick fehlen.

Und in der Tat: Die Betroffenen werden zwar mit Lawinen zweit- und drittrangiger Informationen überschüttet, aber die wirklich wichtigen Vorhaben der Entscheider erfahren sie meist erst, wenn es schon zu spät ist, noch etwas daran zu ändern."

Robert Jungk: Wählen - aber wie? Schriftsteller über Deutschland vor der Wahl. 1986, S. 59 f.



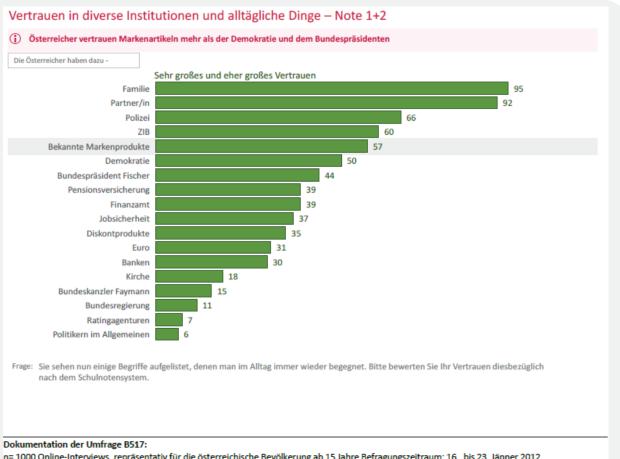
"In einer Demokratie ist es nicht so sehr Pflicht des Bürgers, mit der Obrigkeit zusammenzuarbeiten, als die Pflicht der Obrigkeit, mit dem Bürger zusammenzuarbeiten, was schon daraus hervorgeht, dass bei einem Mangel an Zusammenarbeit nicht der Bürger, sondern die Staatsgewalt zusammenbricht".

Leopold Kohr aus Weniger Staat, 1965



Nicht zuletzt:

Das Vertrauen in bekannte Markenprodukte ist größer als in die Demokratie und den Bundespräsidenten! Ist das nicht bedenklich?



n= 1000 Online-Interviews, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 15 Jahre Befragungszeitraum: 16. bis 23. Jänner 2012 Maximale statistische Schwankungsbreite bei n= 1000: ± 3,16 Prozent